Widerstände der USA gegen europäische Integrationsbestrebungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1939

von Hans-Jürgen Schröder

1. Die zeitgeschichtliche Forschung hat sich seit Beginn der 70er Jahre verstärkt Problemen der amerikanischen Europapolitik nach dem Ersten Weltkrieg zugewandt und in zunehmendem Maße die Bedeutung des ‚Faktors' Amerika für die europäische Entwicklung der Zwischenkriegszeit betont. Vor allem die Berücksichtigung wirtschaftlicher Fragestellungen hat es ermöglicht, die Antriebskräfte der amerikanischen Außenpolitik zu verdeutlichen[1] und zahlreiche Belege für die aktive Einflußnahme Washingtons auf die Entwicklung des europäischen Staatensystems seit dem Ersten Weltkrieg herauszuarbeiten. Bei der Diskussion über Erfolgschancen und Grenzen europäischer Integrationsbestrebungen seit dem Ersten Weltkrieg wird daher auch die jeweilige Position Washingtons mit in den Blick zu nehmen sein. Diese Bedeutung der USA für die Beurteilung der von einigen europäischen Staaten in den 30er Jahren forcierten Integrationsbestrebungen soll im folgenden an einigen Beispielen skizziert werden.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Tatsache, daß Washington nicht zuletzt aus Gründen der Systemerhaltung auch nach dem Ersten Weltkrieg eine aktive Außenpolitik betrieb und sich im Rahmen der Sicherung der eigenen ökonomischen Interessen um eine wirtschaftliche und politische Stabilisierung Europas bemühte.[2] Kernstück dieser Stabilisierungspolitik war

1 Vgl. z. B. W. A. Williams, The Tragedy of American Diplomacy, New York 1972³, bes. S. 109 ff. (dt. Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie, Frankfurt 1973); L. C. Gardner, American Foreign Policy 1900–1921: A Second Look at the Realist Critique of American Diplomacy, in: B. J. Bernstein (Hg.), Towards a New Past: Dissenting Essays in American History, New York 1969, S. 202–31; R. F. Smith, American Foreign Relations, 1920–1942, in: ebd., S. 232–62; C. Ph. Parrini, Heir to Empire. United States Economic Diplomacy, 1916–1923, Pittsburgh 1969; außerdem die Literaturberichte von W. Link, Die Außenpolitik der USA. Quellen u. neue amerikanische Literatur 1919–1933, in: NPL 12. 1967, S. 343–56, u. H.-J. Schröder, Ökonomische Aspekte der amerikanischen Außenpolitik 1900–1923, in: NPL 17. 1972, S. 298–321. – Der Deutschen Forschungsgemeinschaft danke ich auch bei dieser Gelegenheit für die Unterstützung meiner Archivforschungen. – Abkürzungen: ADAP/B = Akten zur deutschen auswärtigen Politik/Serie B; DZA = Deutsches Zentral-Archiv Potsdam; FRUS = Foreign Relations of the United States; NA = National Archives, Washington DC; PA = Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn; RG = Record Group; SW = Sonderreferat Wirtschaft.

2 Vgl. F. Costigliola, The Politics of Financial Stabilization: American Reconstruction Policy in Europe, Ph. D. Diss. Cornell University, 1973; M. P. Leffler, American Policy Making and European Stability, 1921–1933, in: Pacific Historical Review 46. 1976/77, S. 207–28; ders., The Elusive Quest, America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919–1933, Chapel Hill 1979; außerdem jetzt G. Schmidt (Hg.), Konstellationen internatio-

Deutschland, das sich unter den spezifischen politischen und ökonomischen Bedingungen der Nachkriegszeit am besten für eine amerikanische Einflußnahme eignete.[3] Daher ist die Weimarer Republik auch wiederholt als „penetriertes System" bezeichnet worden.[4] Das amerikanische Konzept, „Deutschland für Amerikas wirtschaftliche Machtexpansion in Europa als Basis zu benutzen und den Anleihemechanismus zum kontinuierlichen Ausbau des amerikanischen Wirtschaftssystems in Gang zu halten",[5] kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Es soll lediglich hervorgehoben werden, daß es Washington mit dem Abschluß des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags im Dezember 1923 gelang, die unbedingte Meistbegünstigung und damit das Prinzip der Offenen Tür auf dem wichtigen deutschen Markt für mindestens zehn Jahre durchzusetzen.[6] Hier bot sich der amerikanischen Diplomatie nicht zuletzt aufgrund der Abhängigkeit der Weimarer Republik von den USA die Möglichkeit, protektionistischen Bestrebungen in Mitteleuropa oder einer zu engen ökonomischen Kooperation einzelner europäischer Staaten entgegenzuwirken. Das war von besonderer Bedeutung, als seit Beginn der Weltwirtschaftskrise das Prinzip der Offenen Tür und damit ein Eckpfeiler amerikanischer Außenpolitik weltweit grundlegend herausgefordert wurde. Dies gilt in bezug auf Europa vor allem für die seit Beginn der 30er Jahre intensivierten Versuche, die politischen und ökonomischen Probleme Europas durch wirtschaftliche Integrationsbestrebungen innerhalb Europas oder auch durch Einbeziehung überseeischer Gebiete (Empire-Präferenzen) zu überwinden. Der in Anknüpfung an die Völkerbundsdebatte vom September 1929 formulierte Paneuropaplan des französischen Außenministers Briand vom Mai 1930 hat dieser Integrationsdiskussion fraglos Impulse gegeben.

2. Was den Paneuropaplan[7] und namentlich die in diesem Rahmen anvisierten kontinentaleuropäischen Zollpräferenzen anbelangte, so verletzten sie zumindest in der amerikanischen Einschätzung das Prinzip der Offenen Tür. Im Jahre 1930 war das politische Gewicht der USA in Europa jedoch noch so groß, daß es für die amerikanische Regierung nicht notwendig war, unmittelbar Gegenmaßnahmen zu ergreifen. So gehörte die potentielle amerikanische Reaktion bereits zu den Grundprämissen der deutschen Regierung in ihrer Beurteilung des Briandschen Memorandums vom Mai 1930.[8] Das zeichnete sich bereits im Sommer 1929 ab, als Briand seinen deutschen Amtskollegen Stresemann bei einem Zusammentreffen in Madrid für eine engere europäische und vor allem deutsch-französische Kooperation zu gewinnen suchte. Nach der Liquidation der aus dem Kriege hervorgegangenen Fragen, so Briand, sei „daran zu denken, wie man die europäischen Verhältnisse sowohl politisch als auch wirtschaftlich konsolidieren könne. Man müsse sich zu einer gemeinsamen Anstrengung aller europäischer Länder vereinigen, denn sonst würde Europa aufgefressen" werden. Politisch gehe es um die Stabilisierung des Friedens, in wirtschaftlicher Hinsicht darum, „sich vor der amerikanischen Übermacht zu schützen". Den Amerikanern müsse „das Gefühl genommen werden..., daß sie die absoluten Herrscher in der Welt seien", denn sie „benähmen sich heute so, als ob es für sie überhaupt keinen nennenswerten Widerstand mehr" gebe. Hier gelte es, durch eine europäische Zusammenarbeit gegenzusteuern, um die USA wenigstens zu Verhandlungen über gegenseitige Wirtschaftskonzessionen zu veranlassen.[9] Diesen Vorstellungen Briands hielt Stresemann das für Berlin entscheidende Argument entgegen, „daß auf deutscher Seite die Schwierigkeiten in der finanziellen Abhängigkeit von Amerika bestünden, und daß eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten, vor allem auch für Deutschland, darin ihren Ausdruck finden müßte, daß dem kapitalarmen Deutschland von den anderen die nötigen Kapitalien zur Verfügung gestellt würden."[10] Noch pointierter als Stresemann formulierte der spätere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bülow, anläßlich der Vorarbeiten für die Genfer Herbsttagung des Völkerbundes in einem ausführlichen Kommentar zu französischen Paneuropavorstellungen, daß „ein Pan-Europa in Wirklichkeit auf keinem Gebiet vorhanden" sei, und er fügte als ersten Beleg für diese Auffassung sogleich hinzu: „Die Vereinigten Staaten z.B. stehen uns in vieler Hinsicht näher und sind uns wichtiger als manche europäische Staaten." Namentlich die „engen wirtschaftlichen Beziehungen" zu den Vereinigten Staaten und England standen aus seiner Sicht dem deutschen Eingehen auf Paneuropapläne entgegen, die auf eine „Zollunion, Zollangleichung und der Wirtschaftseinheit für Europa" hinausliefen.[11] Der hier im Sommer 1929 von Stresemann und Bülow angesprochene hohe Stellenwert der USA für das deutsche außenpolitische

naler Politik 1924–1932. Politische u. wirtschaftliche Faktoren in den Beziehungen zwischen Westeuropa u. den Vereinigten Staaten, Bochum 1983.

3 Grundlegend W. Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32, Düsseldorf 1970; vgl. auch F. Costigliola, The United States and the Reconstruction of Germany in the 1920s, in: Business History Review 50. 1975/76, S. 477–502.

4 So W. Link, Der amerikanische Einfluß auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase (Elemente eines ‚penetrierten Systems'), in: H. Mommsen u. a. (Hg.), Industrielles System u. politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Kronberg/Ts. 1977², S. 485–98.

5 Link, Stabilisierungspolitik, S. 591f.

6 Vgl. ebd., S. 190ff.

7 Vgl. im einzelnen J. W. Ewald, Die deutsche Außenpolitik u. der Europaplan Briands, Diss Marburg 1961; W. Lipgens, Europäische Einigungsidee 1923–1930 u. Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten, in HZ 203. 1966, S. 46–89, 316–63; W. Ruge u. W. Schumann, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930, in: ZfG 20. 1972, S. 40–70; R. Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft u. Politik 1925–1933, Stuttgart 1977, S. 73ff.; R. W. D. Boyce, Britain's First ‚No' to Europe: Britain and the Briand Plan, 1929–30, in: European Studies Review 10. 1980, S. 17–45.

8 Die wichtigsten Dokumente sind jetzt abgedruckt in: ADAP/B XV u. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, Boppard 1982.

9 Aufzeichnung Schmidt, 11. Juni 1929, in: ADAP/B XII, S. 43f.

10 Ebd., S. 44.

11 Aufzeichnung Bülow, 7. August 1929, in: ADAP/B XII, S. 332.

Kalkül zieht sich dann wie ein roter Faden durch die innerhalb der Reichsregierung im Sommer 1930 geführte Diskussion über die Formulierung einer Antwort auf das am 17. Mai 1930 von der französischen Regierung übermittelte Paneuropa-Memorandum.[12]

Auf der Ressortbesprechung vom 19. Juni über das französische Paneuropa-Memorandum stellte Staatssekretär von Bülow einleitend fest, daß die Reichsregierung „dem Plan des europäischen Zusammenschlusses" zwar „bejahend" gegenüberstehe, „jedoch unter wesentlichen Einschränkungen". Die Reichsregierung wolle insbesondere keine Störungen in den Beziehungen zu den USA und Rußland.[13] Wenig später betonte für das Reichswirtschaftsministerium Staatssekretär Trendelenburg – der sich im übrigen dagegen verwahrte, die zollpolitischen Vorstellungen Briands mit dem Deutschen Zollverein zu vergleichen –, daß Deutschland gerade im Hinblick auf die USA dem wirtschaftlichen Teil des Memorandums größte Aufmerksamkeit zu widmen habe, denn „Frankreich benutze die paneuropäische Idee 1. als Trumpf gegen die amerikanische Konkurrenz, 2. zur Abwehr einer unmittelbaren kapitalistischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Amerika, die es besonders fürchte".[14] Außenminister Curtius äußerte auf der Kabinettssitzung vom 8. Juli 1930 die Auffassung, die Reichsregierung müsse in ihrer Antwortnote deutlich machen, daß Deutschland „von der Notwendigkeit einer überkontinentalen Behandlung vieler politischer und wirtschaftlicher Fragen überzeugt sei und daß es keine gegen Amerika gerichteten Tendenzen dulden werde". Schon aus diesem Grunde müsse die deutsche Antwortnote „für die Aktion Briands ein Begräbnis erster Klasse werden".[15] Curtius hatte Anfang Juni die Auffassung vertreten, bereits „die Abrüstungsfrage und ähnliche hätten ... zur Genüge gezeigt, daß eine Lösung ohne Amerika nicht möglich sei".[16]

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus, erinnerte in seiner Stellungnahme zunächst noch einmal an die Grundlagen deutscher Revisionspolitik: „Bei der Verfolgung des Zieles der deutschen Außenpolitik, dem Deutschen Reich in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht die Normallage einer europäischen Großmacht wiederzugewinnen, haben sich zwei Mittel als nützlich erwiesen, 1) die Zusammenarbeit Deutschlands mit einem möglichst umfassenden Kreise ausländischer Staaten (Völkerbund, Rußland, Vereinigte Staaten von Amerika), 2) die Dienstbarmachung wirtschaftlicher Interessen für politische Zwecke." Das Memorandum Briands stehe jedoch auf „völlig andersartiger Grundlage. ... Der engere Zusammenschluß, in dem sich der Europabund Briands betätigen soll", bedeute für Deutschland, falls es auf den Plan eingehe, „eine weitere Entfernung von Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika."[17] Treviranus betonte im übrigen den Vorrang wirtschaftlicher Fragen. In einem vom Auswärtigen Amt für Krupp von Bohlen und Halbach vorbereiteten Interviewtext für die New York Times wurde ebenfalls die Priorität wirtschaftlicher Probleme betont und jede antiamerikanische Stoßrichtung der deutschen Politik bestritten: „Lassen Sie mich als Mann der Wirtschaft in erster Linie vom Wirtschaftsleben sprechen. Uns Deutschen liegt nichts ferner als der Gedanke, uns wirtschaftlich in Europa einzukapseln. Das 20. Jahrhundert ist so recht das Jahrhundert der Weltwirtschaft. Der frische Hauch der Weltmeere tut uns not. ... Es ist ein unglückliches Zusammentreffen, daß das Europa-Memorandum Briands mit den amerikanischen Zollerhöhungen zusammenfällt, die auch in Deutschland Besorgnisse erregt haben. Uns liegt aber der Gedanke vollkommen fern, aus diesem Gesichtspunkt heraus Europa zu organisieren und einer solchen Organisation eine Tendenz gegen die Vereinigten Staaten zu geben."[18]

Die innerhalb der Reichsregierung geführten Debatten und schließlich auch die deutsche Antwort[19] auf das französische Europa-Memorandum machen deutlich, daß die Reichsregierung nicht gewillt war, die seit Kriegsende konsequent durchgehaltene Strategie einer außenpolitischen Anlehnung an die USA und des eng damit verknüpften instrumentalen Einsatzes der Wirtschaftspolitik zur Wiedererlangung einer Großmachtstellung zugunsten von Europaplänen aufzugeben, die auf eine Stabilisierung des französischen Sicherheitssystems abzielten.[20] Aber selbst eine Interpretation der deutschen Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise als „Verständigungspolitik" kommt an der Tatsache der in den Jahren 1930 bis 1932 noch vorhandenen Abhängigkeit des Reiches von den Vereinigten Staaten nicht vorbei. Im Bewußtsein ihres hohen Stellenwertes für die deutsche Außenpolitik konnte sich die amerikanische Diplomatie daher darauf beschränken, die innereuropäische Diskussion über das Briandsche Memorandum zu den Akten zu nehmen.[21] Daß die USA nicht bereit waren, eine zu enge deutsch-französische Kooperation zu akzeptieren, hatten ja bereits die Gespräche Briand-

12 Text in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 1930, S. 460ff.
13 Aufzeichnung Schnurre, 19. Juni 1930, in: ADAP/B XV, S. 191.
14 Aufzeichnung Planck, 8. Juli 1930, in: ebd., S. 308; vgl. Trendelenburg an Auswärtiges Amt, 12. Juni 1930, in: ebd., S. 174.
15 Aufzeichnung Planck, 8. Juli 1930, in: ebd., S. 309.
16 Aufzeichnung Bülow, 11. Juni 1930, in: ebd., S. 161.
17 Treviranus an Auswärtiges Amt, 24. Juni 1930, in: ebd., S. 223.
18 Stichworte für ein Interview für die New York Times, 2. Juli 1930, in: ebd., S. 273ff.
19 Text in: ebd., S. 329ff.
20 Vgl. die Bemerkungen Brünings vor dem Kabinett vom 8. Juli 1930: „Den Absichten Briands, die jetzigen europäischen Zustände zu stabilisieren, müsse Deutschland eine Antwort geben, die als grundsätzliche Festlegung seiner Politik von geschichtlichem Wert sein könne. In deutlichen, wenn auch vorsichtig abgewogenen Worten müsse Deutschland gegenüber den französischen Aspirationen klare Grenzen aufzeichnen. Seine Voraussetzungen für eine gerechte und dauerhafte Ordnung Europas, in dem Deutschland seinen ausreichenden natürlichen Lebensraum haben müsse, seien klarzulegen." Aufzeichnung Planck, 8. Juli 1930, in: ebd., S. 307.
21 Vgl. bes. die Memoranden der Division of Western European Affairs vom 23. Mai, 8. u. 19. Sept. 1930, in: NA, RG 59, 840.00/151, 244 1/2, 250.

Stresemann in Thoiry gezeigt.[22] Die in Thoiry debattierten Pläne, mit Hilfe amerikanischer Anleihen die deutsch-französische Annäherung weiterzuentwickeln, scheiterten am Widerspruch der USA. Die USA wollten nicht akzeptieren, daß als Ergebnis der deutsch-französischen Gespräche auf staatlicher Ebene eine wirtschaftlich bedeutsame, kontinental-europäische Kartellbildung vonstatten ging. Mit dem Abblocken neuer „European international combinations" trat seit Mitte der 20er Jahre „ein grundlegender Widerspruch" der amerikanischen Europapolitik hervor: „Die Vereinigten Staaten wünschten einerseits im eigenen Interesse eine wirtschaftliche und politische Stabilisierung in Europa und einen friedlichen Ausgleich der nationalen Antagonismen, weil dies die Voraussetzung für ein finanzielles Engagement und für die wirtschaftliche Expansion Amerikas war; andererseits beharrten sie ... auf einer separaten, bilateralen Regelung ihrer Beziehungen zu jedem einzelnen europäischen Staat und wähnten hinter jeder europäischen Gemeinschaftsaktion oder Blockbildung anti-amerikanische oder doch zumindest die amerikanischen Interessen beeinträchtigende Tendenzen."[23]

Eine derartige antiamerikanische Stoßrichtung mußte dem Briandschen Plan nahezu zwangsläufig zugrunde liegen, denn eine auf Eindämmung der deutschen Revisionspolitik abzielende Strategie war ohne eine Auskreisung der USA kaum denkbar. Ganz abgesehen davon, daß die Alternative „Paneuropa oder Mitteleuropa" für die deutsche Revisionspolitik nie ernsthaft zur Debatte stand,[24] mußte die Briandsche Politik mit ihrer Realisierung schließlich auch mit fundamentalen Interessen der USA kollidieren, die ungeachtet ihrer eigenen, seit Beginn der Weltwirtschaftskrise noch verschärften protektionistischen Praxis in der Depression um so stärker darauf angewiesen waren, die europäischen Märkte für amerikanische Produkte offenzuhalten.[25] Daß die Hoover Administration entschlossen war, notfalls auch *direkt* diplomatisch zu intervenieren, um dieses Ziel zu erreichen, zeigt etwa die Reaktion Washingtons auf die Intensivierung der deutschen Südosteuropapolitik seit 1931.

3. Ungeachtet der ablehnenden Haltung gegenüber französischen Paneuropaplänen suchte die Reichsregierung die im Zusammenhang mit dem Briandschen Memorandum verstärkte Debatte über wirtschaftliche Integrationsmöglichkeiten in Europa für die eigene Revisionspolitik zu kanalisieren, insbesondere für die Realisierung der nach dem Ersten Weltkrieg immer wieder intern diskutierten Mitteleuropakonzeption: „Die Tatsache, daß mit dem

22 Vgl. in diesem Kontext vor allem Link, Stabilisierung, S. 348 ff.
23 Ders., Die Beziehungen zwischen der Weimarer Republik u. den USA, in: Knapp u. a., Die USA u. Deutschland 1918–1975, München 1978, S. 62–106, hier 78.
24 Vgl. Frommelt, Paneuropa.
25 Grundlegend in diesem Zusammenhang eine Analyse des State Department, Office of the Economic Adviser, 29. September 1932, in: NA, RG 59, 550. S. 1/231 1/2.

ständigen Wachsen der wirtschaftlichen Not in Europa immer weitere Kreise in den beteiligten Ländern zu der Einsicht gelangt sind, daß nur eine entschlossene Abkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik zu einer wirklichen Gesundung Europas führen kann, hat – vom Gesichtspunkt der europäischen Wirtschaftspolitik aus gesehen – zweifellos heute eine Lage herbeigeführt", so ein Angehöriger des Auswärtigen Amtes, „die der Verwirklichung einer Zollunion Deutschland-Österreich günstiger ist als je. Gerade Frankreich ist durch die Briandsche Paneuropa-These an die Spitze derer getreten, die den Weg zur Gesundung in der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets durch Niederlegung der Zollmauern erblicken. Daß die Zollunion Deutschland-Österreich ein Schritt auf diesem Wege wäre, wird niemand ernsthaft bestreiten können."[26] Den zentralen Stellenwert einer deutsch-österreichischen Zollunion für die gesamte deutsche Südosteuropapolitik hat Brüning in seinen Memoiren noch einmal klar herausgestrichen: „... sie war für Deutschland außerordentlich wichtig als Hebel für die Ingangbringung wirtschaftlicher Lösungen im Donauraum nach unserem Sinne. Mehr als vorher war ich jetzt (auf dem Höhepunkt der Zollunionskrise) überzeugt, daß, wenn sich die Idee retten ließ, man hier den einzigen praktischen Ansatzpunkt hatte, um in Zentraleuropa zu wirtschaftlichen Lösungen großen Stils zu gelangen. Ich hatte deshalb immer die Instruktion gegeben, nicht auf den multilateralen Weg einer Präferenz für Österreich, wie sie von Frankreich vorgeschlagen wurde, einzugehen, da wir dann die Führung aus der Hand verlieren würden."[27] Mit dem sich abzeichnenden Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion sah sich die Reichsregierung gezwungen, ihre Ziele in Südosteuropa unmittelbar auf die Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit den südosteuropäischen Staaten abzustellen.[28] Hier stellte sich für die Reichsregierung die Frage, wie Deutschland trotz seiner ökonomischen Schwächung in der Weltwirtschaftskrise die südosteuropäischen Staaten mit wirtschaftlichen Mitteln an Deutschland binden konnte. Aus konjunkturellen und innenpolitischen Gründen verfügte die Reichsregierung zur Realisierung ihrer Expansionsziele im Südosten nur über einen begrenzten Spielraum. Da die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes nicht umfassend zur Verfügung stand, war es kaum vorstellbar, wie die deutsche Südostexpansion im Rahmen der unbedingten Meistbegünstigung hätte realisiert werden können. Die Reichsregierung entschloß sich angesichts dieser Schwierigkeiten, den deutschen Markt nur wenigen südosteu-

26 Aufzeichnung Köpke, 21. Februar 1931, in: ADAP/B XVI, S. 571.
27 H. Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 382.
28 Vgl. zum folgenden H.-J. Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929–1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: GG 2. 1976, S. 5–32, u. H. Sundhaussen, Die Weltwirtschaftkrise im Donau-Balkan-Raum u. ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Außenpolitik unter Brüning, in: W. Benz u. H. Graml (Hg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 121–64, jetzt auch H. P. Höpfner, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt 1983.

ropäischen Agrarstaaten zu öffnen, und zwar in Form von Präferenzverträgen für einzelne landwirtschaftliche Produkte. Diese Präferenzverträge wurden im Sommer 1931 mit Rumänien und Ungarn abgeschlossen. Was den Absatz deutscher Produkte in Ungarn und Rumänien anbelangte, so verzichtete die Reichsregierung im Vertrauen auf die Konkurrenzfähigkeit deutscher Anbieter auf Präferenzen für deutsche Exporte. Dieser Verzicht versetzte die Berliner Diplomatie in die taktisch günstige Lage, ihre Präferenzpolitik als Hilfsaktion für notleidende Agrarstaaten zu propagieren, ohne die eigenen politischen Motive offenlegen zu müssen.

Die in ihrem Kern auf eine Schwächung des französischen Sicherheitssystems abzielende politische Komponente ist in den deutschen Akten klar dokumentiert und zeigte sich nicht zuletzt in der entschiedenen Reaktion der Reichsregierung auf die Pläne des französischen Ministerpräsidenten vom März 1932, die für Frankreich negativen Folgen der deutschen Präferenzpolitik in Südosteuropa durch einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Staaten der Kleinen Entente mit Österreich und Ungarn zu neutralisieren.[29] Während Berlin bei der Interpretation des Tardieu-Plans der französischen Regierung in erster Linie politische Motive unterstellte, wurden bei der Selbstdarstellung der deutschen Südosteuropapolitik politische Zielsetzungen geleugnet. Das ,,besondere Interesse" der Reichsregierung im Donauraum sei ,,rein wirtschaftlicher Natur". Berlin müsse sich jedoch mit ,,aller Entschiedenheit dagegen zur Wehr setzen, wenn unter dem Deckmantel einer ‚Sanierung' versucht werde, den deutschen Export von diesem Absatzmarkt zu verdrängen".[30] Durch die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem Integrationsgedanken des Tardieu-Plans erhielt die deutsche Präferenzpolitik zusätzliche Bedeutung. Die von Deutschland einseitig gewährten (aber noch nicht in Kraft getretenen) Präferenzen waren Berlins ,,stärkster Atout im Gegenspiel gegen die Donaupläne Tardieus".[31]

In der Frage der Durchsetzung der Präferenzverträge berief sich die Reichsregierung vor allem auf die Völkerbundsrichtlinien über die Anwendung von Vorzugszöllen und machte sich damit selbst von der Erfüllung zweier wichtiger Voraussetzungen abhängig. Die Verträge mit Rumänien und Ungarn konnten mithin erst nach der Zustimmung der auf dem deutschen Markt meistbegünstigten Länder in Kraft gesetzt werden; außerdem durften die Präferenzen nur eine ,,vorübergehende Notstandsmaßnahme" darstellen. Die Reichsregierung hat dann auch von Anfang an den Ausnahmecharakter der Vereinbarungen mit Rumänien und Ungarn hervorgehoben

29 Vgl. zum Tardieu-Plan den neueren Beitrag von J. Bariéty, Der Tardieu-Plan zur Sanierung des Donauraums (Februar-Mai 1932), in: J. Becker u. K. Hildebrand (Hg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, München 1980, S. 361–87.

30 Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 30. März 1932, in: ADAP/B XX, S. 69ff.

31 Ritter an Deutsche Gesandtschaft Buenos Aires, 29. März 1932, in: ebd., S. 68. Umfangreiches Material zur deutschen Präferenzpolitik befindet sich in: PA, SW, Wirtschaft 1 – Europa – Präferenzen, Bde. 1–4.

und betont, daß es sich keinesfalls um eine prinzipielle Abkehr Deutschlands vom Meistbegünstigungsprinzip handele. Auf diese Weise sollte den auf dem deutschen Markt meistbegünstigten Staaten die Zustimmung erleichtert werden. Allerdings beschloß die Reichsregierung, das Ausbleiben eines formellen Einspruchs bereits als Zustimmung zu werten. Der Haltung der amerikanischen Regierung kam in diesem Zusammenhang aus deutscher Perspektive besondere Beeutung zu. Angesichts der ,,verständnisvollen Haltung, welche die amerikanische Regierung bisher gegenüber den internationalen Bestrebungen zur Beseitigung der Wirtschaftskrise eingenommen habe", könne die Reichsregierung ,,nicht annehmen" – so das Auswärtige Amt in seiner Argumentation gegenüber dem State Department –, daß die amerikanische Regierung ,,allein durch ihren Widerspruch die Aktion zum Scheitern bringen werde".[32]

Die amerikanischen Akten zeigen eindrucksvoll, daß sich die Hoover Administration und insbesondere das State Department in einem Dilemma befanden: Einerseits war auch Washington an einer ökonomischen Stabilisierung des Donauraums grundsätzlich interessiert, auf der anderen Seite zeichnete sich hier die Gefahr einer Aushöhlung des Prinzips der unbedingten Meistbegünstigung ab, das die USA nach dem Ersten Weltkrieg zur Grundlage ihrer Handelsvertragspolitik gemacht hatten.[33] Der Modellcharakter des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages wurde in diesem Zusammenhang bereits erwähnt. Einer ausgerechnet von Deutschland ausgehenden Unterminierung des Meistbegünstigungsprinzips kam daher naturgemäß eine noch größere und prinzipielle Bedeutung zu.

Die inneramerikanische Diskussion führte zunächst zu einer Verzögerung der Washingtoner Entscheidung. Daher konnte die Reichsregierung den ursprünglich ins Auge gefaßten Termin für die Inkraftsetzung, den 1. November 1931, nicht einhalten. Da die Washingtoner Regierung auch in den folgenden Monaten keinerlei Bedenken äußerte, rechnete Berlin nicht mehr mit einem amerikanischen Einspruch, als sie unter dem Eindruck des Tardieu-Plans die Verträge mit Rumänien und Ungarn beschleunigt in Kraft setzen wollte. Die amerikanische Regierung, die offenbar darauf spekuliert hatte, daß ihr eine Stellungnahme zu den Präferenzverträgen erspart bliebe, weil andere Staaten sich diesen erfolgreich widersetzen würden (etwa Argentinien), meldete jetzt gegenüber der Reichsregierung grundsätzliche Bedenken an. So stellte Washington Mitte März in Berlin klar, ,,that the silence of this Government on the question does not in any sense indicate acquiescence in

32 Auswärtiges Amt an Deutsche Botschaft Washington, 29. August 1931, in: ebd., Bd. 1.

33 Vgl. bes. die Anlagen zu Stimson an Hoover, 5. November 1931, in: NA, RG 59, 662.7131/43, außerdem Department of Agriculture an Department of State, 17. Dezember 1931, in: ebd./60; prinzipielle Überlegungen zur Meistbegünstigung enthält das ausführliche Memorandum der Division of Near Eastern Affairs vom 5. Oktober 1932, in: NA, RG 59, 550.S1/231.

the proposed arrangements".[34] Der deutschen Boschaft in Washington wurde in einer weiteren „informal communication" mitgeteilt, daß Berlin zunächst keinesfalls von einer Zustimmung der amerikanischen Regierung ausgehen könne. Die von amerikanischer Seite in diesem Zusammenhang vorgebrachten Überlegungen konnten die Reichsregierung über die Position Washingtons nicht im Zweifel lassen. So bekundete Assistant Secretary of State Rogers zwar Sympathie gegenüber dem Versuch, die ökonomische Situation Osteuropas und Südosteuropas zu verbessern, fügte aber einschränkend hinzu: „...we felt that the principle of our treaties with Germany should be maintained; that the basic principle of our most-favored-nation treaty policy ought not to be abandoned in the case of the stronger nations of Europe and that we were not inclined to see it abandoned."[35] Mit einer amerikanischen Zustimmung war mithin nicht mehr zu rechnen.

Das Auswärtige Amt hat dennoch nichts unversucht gelassen, um Washington unter Hinweis auf die große Tragweite eines amerikanischen Einspruchs für die deutsche Südosteuropapolitik doch noch umzustimmen. Ein Mitglied der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes (Wiehl) machte gegenüber dem amerikanischen Botschafter (Sackett) neben der großen ökonomischen Bedeutung für Deutschland auch die politische Dimension der Präferenzverträge deutlich und argumentierte, daß die Präferenzpolitik ein Eckpfeiler des deutschen Widerstandes gegen den Tardieu-Plan sei. Sackett bezeichnete in einem Bericht an das State Department die Berliner Präferenzpolitik als eines der wichtigsten Elemente der deutschen Außenpolitik überhaupt: „In my opinion the political significance of the preferential arrangements was not exaggerated by Wiehl. These agreements constitute one of the foremost points in German foreign policy. A formal protest of the American Government now might be interpreted by the German Government as unduly retarded and as putting Germany in an extremely difficult position."[36]

Die amerikanische Regierung war jedoch nicht bereit, auf diese Schwierigkeiten der Reichsregierung Rücksicht zu nehmen, denn in der amerikanischen Interpretation stand die deutsche Präferenzpolitik zur Politik der Offenen Tür und damit ebenfalls zu einem Grundelement amerikanischer Außenpolitik in prinzipiellem Widerspruch. Während Berlin entschlossen war, sich über den Einspruch Argentiniens hinwegzusetzen, stand eine handelspolitische Konfrontation mit den Vereinigten Staaten für die Reichsregierung aus gesamtpolitischen und namentlich reparationspolitischen Überlegungen nicht zur Debatte. Mit dem am 28. Mai erfolgten formellen Einspruch aus Washington[37] mußte Brüning unmittelbar vor seiner Demission eine schwere außenpolitische Niederlage hinnehmen. Die Bemühungen des

34 State Department an Sackett, 18. März 1932, in: FRUS, 1932 II, S. 339.

35 Memorandum Rogers, 21. März 1932, in: ebd., S. 340f.; vgl. auch Prittwitz an Auswärtiges Amt, 21. März 1932, in: PA, Wirtschaft 1 – Europa – Präferenzen, Bd. 3.

36 Sackett an State Department, 23. Mai 1932, in: FRUS, 1932 II, S. 345.

Auswärtigen Amtes, die Verantwortung hierfür dritten Staaten (wie etwa Rumänien) anzulasten und einzelne Passagen der amerikanischen Note in ihrer Bedeutung für die künftige deutsche Südosteuropapolitik positiv zu interpretieren, konnte den entscheidenden Einfluß der USA kaum verschleiern.

4. An die Brüningsche Südosteuropapolitik hat das nationalsozialistische Regime konzeptionell zunächst angeknüpft, wie die mit Ungarn und Jugoslawien im Februar und Mai 1934 abgeschlossenen Handelsverträge dokumentieren. Unter veränderten konjunkturellen und innenpolitischen Bedingungen war das Dritte Reich im Gegensatz zur Brüningschen Politik in der Lage, die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes voll auszuspielen und die südosteuropäischen Agrarstaaten wirtschaftlich an Deutschland zu binden. Der für die südosteuropäischen Staaten mit der steigenden ökonomischen Abhängigkeit von der deutschen Volkswirtschaft einhergehende Verlust ihres außenpolitischen Handlungsspielraums läßt es gerechtfertigt erscheinen, Südosteuropa als ‚Informal Empire' des Dritten Reiches zu bezeichnen.[38]

Die Mitte der 30er Jahre weitgehend vollzogene Etablierung eines deutschen ‚Informal Empire' in Südosteuropa mußte zwangsläufig zu Interessenkollisionen mit den USA führen. Der deutsche Botschafter in Washington, Luther, hatte dies in einer Analyse der amerikanischen Reaktion auf den deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag deutlich gemacht. Innerhalb der amerikanischen Regierung spreche man bereits davon, so Luther Anfang Mai 1934, „daß die deutsche Handelspolitik darauf aus sei, die Staaten Mitteleuropas vor den deutschen Wirtschaftswagen zu spannen." Anlaß zu dieser Beurteilung der deutschen Südosteuropapolitik habe neben der Diskussion um das deutsch-jugoslawische Abkommen zu einem Teil die in der deutschen Presse „etwas überreichliche Verwendung des Begriffes ‚Großraumwirtschaft'" gegeben. Luther verwies auch auf die Rückwirkungen des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages auf mögliche handelspolitische Gespräche zwischen Washington und Berlin. Da die Vereinigten Staaten an dem Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung festhielten, müsse die Frage aufgeworfen werden, „wie wir das von uns gegenüber Jugoslawien ... vertretene Prinzip der Präferenzbewilligung mit jenem Meistbegünstigungsprinzip werden in Einklang bringen können oder wollen."[39] Hier wurde ein Kernproblem der deutsch-amerikanischen Beziehungen angeschnitten. Das Bemühen der

37 Vgl. Aufzeichnung Bülow vom 28. Mai 1932, in: ADAP/B XX, S. 214f.

38 Vgl. hierzu ausführlicher H.-J. Schröder, Südosteuropa als ‚Informal Empire' Deutschlands 1933–1939. Das Beispiel Jugoslawien, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 23. 1975, S. 70–96, u. als neuesten Beitrag zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik vgl. den Beitrag von A. Kube in diesem Band.

39 Luther an Auswärtiges Amt, 6. Mai 1934, in: DZA Potsdam, Bestand Auswärtiges Amt, 44429.

Reichsregierung, den Widerspruch zwichen den handelsvertraglichen Bindungen gegenüber den Vereinigten Staaten aus dem Jahre 1923 und die deutsche Präferenzpolitik gegenüber Südosteuropa aufzulösen, hat entscheidend dazu beigetragen, daß der deutsch-amerikanische Handelsvertrag des Jahres 1923 von deutscher Seite gekündigt wurde. Denn der Widerstand der USA gegen die deutsche Präferenzpolitik implizierte, wie ein Angehöriger des Auswärtigen Amtes formulierte, ,,die Unmöglichkeit für Deutschland, mit europäischen Staaten zu einer Großraumwirtschaft zu gelangen."[40] Tasächlich ist der schnelle Aufbau der deutschen politischen und ökonomischen Hegemonialstellung in Südosteuropa bei einer Beachtung des Meistbegünstigungsprinzips kaum vorstellbar.

Im Gegensatz zur Zeit vor 1933 war Washington jetzt allerdings nicht mehr in der Lage, die Herausbildung einer deutschen Großraumwirtschaft durch direktes Einwirken auf Berlin zu verhindern. Unter den veränderten außenpolitischen Bedingungen waren Hitler und das Auswärtige Amt entschlossen, sich bei der Realisierung ihrer Südosteuropapolitik über den Einspruch meistbegünstigter Staaten, auch der USA, hinwegzusetzen. Überdies hatte die amerikanische Regierung nach der Kündigung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags in bezug auf die Meistbegünstigung seit Oktober 1935 keine vertraglichen Rechte mehr, auf die sie sich in Berlin hätte berufen können. Angesichts dieser Situation mußte Washington um so intensiver nach Möglichkeiten suchen, um der deutschen Großraumwirtschaftspolitik wenigstens mittelbar, d.h. durch Einflußnahme auf dritte Staaten, entgegenzuwirken.

So suchte vor allem das State Department die südosteuropäischen Staaten davon zu überzeugen, daß eine Bilateralisierung ihrer Handelsbeziehungen mit dem Dritten Reich letztlich nicht im Interesse der südosteuropäischen Staaten sein könne, weil durch eine solche Politik auch die handelspolitische Verständigung zwischen Berlin und Washington erschwert werde. Ein deutsch-amerikanischer handelspolitischer modus vivendi sei auch für die südosteuropäischen Staaten von Vorteil. So erinnerte Außenminister Hull den ungarischen Gesandten im Juli 1936 daran, ,,that if they were ever to become prosperous again they would need a prosperous Germany, United States and other countries, to whom they would be able to sell, and that, therefore, they should be virtually as much interested in the restoration of suitable trade relations between Germany and the United States, for example, as between themselves and other important countries. I said if those countries in his part of the world would, through their statesmen, constantly proclaim the wisdom and importance of a liberal commercial policy based on equality instead of a narrow bilateral policy based on discriminations, they could render a great aid to world economic rehabilitation, and that I earnestly hoped the day would come when the statesmen of those several countries would take just this course, if they could do not more."[41]

Washington war nicht bereit, die Etablierung einer nationalsozialistischen Großraumwirtschaft zu akzeptieren. Namentlich im State Department wurde in der 1934 inaugurierten neuen amerikanischen Handelsvertragspolitik das geeignete Mittel gesehen, um der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft begegnen zu können. Die innerhalb der Roosevelt Administration 1937/38 intensiv geführte Debatte macht dies besonders deutlich.[42] Hier setzten sich schließlich diejenigen Kräfte durch, die gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland einen harten Kurs befürworteten und die im neuen amerikanischen Handelsvertragsprogramm das probate Mittel zur Eindämmung der nationalsozialistischen Expansion erblickten. Mit der Ausweitung des multilateralen amerikanischen Handelsvertragssystems, so lautete die Argumentation, werde Deutschland zunehmend unter ökonomischen Druck geraten: ,,The development of our trade agreement program will automatically put economic pressure on Germany and in this we have a ready forged weapon in hand to induce Germany to meet general world trade and political sentiment", so der Leiter der Westeuropaabteilung im Januar 1938.[43] Handelspolitische Konzessionen nach dem Vorbild Londons würden es dem NS-Regime letztlich nur erleichtern, seine wirtschaftliche und damit auch politische Hegemonialstellung auszubauen. Vor allem Assistant Secretary of State Messersmith hat immer wieder betont, daß ein harter Kurs im wirtschaftlichen Bereich die Möglichkeit biete, das nationalsozialistische Deutschland derart zu schwächen, daß es schließlich zu wirtschaftlichen und auch politischen Kompromissen gezwungen sein werde.

Die amerikanische Gegenpolitik wurde bereits zu einem Zeitpunkt entwickelt, als von einer Bedrohung der Sicherheit der USA im militärisch-strategischen Sinne noch keine Rede sein konnte. Es handelt sich hier um eine Strategie, die unter dem Eindruck der deutschen Großraumwirtschaftspolitik in Europa und einer Wirtschaftsoffensive in Südamerika formuliert wurde. Während die britische Politik bis 1939 und zeitweilig auch die französische Diplomatie einen modus vivendi mit den deutschen außenwirtschaftlichen Methoden anstrebten, suchte die amerikanische Diplomatie die Rückkehr Deutschlands zu einem liberalen multilaterialen Handelssystem und damit auch die Aufgabe einer europäischen Großraumwirtschaft durch ökonomischen Druck zu erzwingen. Während die britische Konzeption eines ,,economic appeasement" auf eine politische Entspannung durch ökonomische Konzessionen setzte, wollte die amerikanische Diplomatie durch ihre

40 Aufzeichnung Rüter vom 20. Juni 1936, in: PA, Handakten Clodius, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Bd. 6.

41 Memorandum Hull, 14. Juni 1936, in: NA, RG 59, 611.0031/2350.
42 Umfangreiches Material: NA, RG 59, 611.6231/...
43 Memorandum Moffat, 31. Januar 1938, in: ebd./1002 1/2.

aktive Gegenpolitik die ökonomische Basis für eine aggressive Außenwirtschafts- und Außenpolitik entziehen.[44]

Das amerikanische Kalkül, die nationalsozialistische ökonomische und auch politische Expansion mit ökonomischen Mitteln einzudämmen, manifestierte sich am klarsten im englisch-amerikanischen Handelsvertrag vom November 1938. Vor allem Hull hat die große Bedeutung eines Handelsvertrages mit London wiederholt betont und vor den Folgen eines Scheiterns der Verhandlungen gewarnt: „... if a great trading country like Great Britain and another great trading country like the United States became inert and undertook further self-containment alone, such countries as Japan, Germany, and Italy with their armies and navies would in two or three years dominate nearly every square foot of trade territory other than that under the immediate control of Great Britain and the United States. That would leave our two countries in an amazingly disadvantageous situation."[45] Auf deutscher Seite sind die Intentionen der amerikanischen Handelsvertragspolitik klar diagnostiziert worden. So ging das Auswärtige Amt im März 1938 von der Überlegung aus, „daß wir geographisch durch die Hull'sche Handelspolitik nahezu völlig eingekreist sind."[46] In diesem Kontext sind dann auch die Handelsverträge Washingtons mit der Tschechoslowakei vom März 1938 und mit der Türkei vom April 1939 zu sehen.

Allerdings machte sich Ende der 30er Jahre in Washington auch zunehmend Pessimismus breit, was die Möglichkeiten anbelangte, dem deutschen „Drang nach Südosten" begegnen zu können. So äußerte Messersmith sogar die Befürchtung, daß die deutsche Großraumwirtschaft negative Auswirkungen auf das gesamte Außenwirtschaftsprogramm der amerikanischen Regierung haben könne: „Germany feared our trade agreements program in Southeastern Europe and now that she is embarking upon this course of expansion, I see small prospect for our progress in Southeastern Europe. Even though we negotiated agreements they would have little value for what is the use of our making arrangements between independent states when an international gangster at the point of the gun is forcing economic subjection? I see the trade agreements program in general seriously menaced for these events in Southeastern Europe will have a disturbing and upsetting influence generally."[47]

Damit war die über den Verlust von Marktanteilen weit hinausreichende prinzipielle Herausforderung der amerikanischen Positionen durch die deutsche Großraumwirtschaft angeschnitten. Die deutsche Vormachtstellung in Mittel- und Südosteuropa sei vor allem in ökonomischer Hinsicht insofern eine fundamentale Bedrohung amerikanischer Interessen, notierte ein Angehöriger des State Department im November 1938, „that it meant a still further extension of the area under a close economy".[48]

Die Verschränkung struktureller und konjunktureller Faktoren hat dann vor allem dazu geführt, daß sich die Politik des Dritten Reiches in Südosteuropa im Vergleich mit anderen Industriestaaten als überlegen erwies. Denn in der Großen Depression bot Deutschland wegen seiner konjunkturellen Sonderentwicklung seit 1933/34 einen aufnahmefähigen Markt für landwirtschaftliche Produkte, während England, Frankreich und die USA aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur und binnenwirtschaftlichen Entwicklung gar nicht in der Lage waren, die südosteuropäischen Agrarprodukte aufzunehmen. Sie strebten ihrerseits danach, den deutschen Markt für die eigenen Agrarexporte offenzuhalten (USA) oder aus außenwirtschaftlichen und politischen Gründen dem Warenaustausch mit anderen Ländern Priorität einzuräumen (Empire). Hinzu kam, was die Position der USA anbelangt, der amerikanischen Konjunkturrückschlag von 1937/38.

Aus den erwähnten strukturellen und konjunkturellen Gründen erwies sich dann auch die amerikanische Handelsvertragspolitik in Südosteuropa als wenig erfolgreich. Während dem nationalsozialistischen Deutschland ein Einbruch in das ‚Informal Empire' der USA in Lateinamerika gelang, vermochte die Washingtoner Diplomatie nicht, das Prinzip der Offenen Tür in Südosteuropa auch nach 1933 durchzusetzen. Damit stellte die nationalsozialistische Großraumwirtschaft eine prinzipielle Gefahr für einen Eckpfeiler amerikanischer Außenpolitik dar. Das erklärt die Entschlossenheit Washingtons, eine gegen die nationalsozialistische Großraumwirtschaft gerichtete Eindämmungsstrategie zu entwickeln.

5. Angesichts der hier an einigen Beispielen skizzierten Grundposition der Vereinigten Staaten von Amerika hatten aus historischer Perspektive europäische Integrationsbestrebungen, die auf die Beteiligung von Großmächten hinausliefen, in der Zwischenkriegszeit langfristig keine Erfolgschance. Auf die Dauer war es nicht möglich, eine derartige wirtschaftliche Integration innerhalb Europas gegen den Widerstand der USA durchzuhalten. Die Unterminierung der Empire-Präferenzen ist hierfür ein Beleg.[49] Erst unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen der 40er Jahre begann sich die amerikanische Position nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend zu wandeln. Mit der Verschärfung des Ost-West-Konfliktes und der Formulierung der Containmentpolitik in den Jahren 1946/47 wurde in der amerikanischen Europa-

44 Vgl. ausführlicher H.-J. Schröder, Economic Appeasement. Zur britischen u. amerikanischen Deutschlandpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZ 30. 1982, S. 82–97.

45 The Memoirs of Cordell Hull, New York 1948, I, S. 522.

46 Aufzeichnung Auswärtiges Amt, 11. März 1938, in: PA, Handakten Wiehl, Amerika, Bd. 12.

47 Memorandum Messersmith, 18. Februar 1938, in: FRUS, 1938 I, S. 22.

48 Moffat Diary, 3. November 1938, in: Houghton Library, Harvard University.

49 Das zeigte sich etwa während der britisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen. Umfangreiches Material hierzu in den britischen u. amerikanischen Akten. Vgl. in diesem Zusammenhang etwa auch Grady an Hull, 3. April 1937, in: FRUS 1937 I, S. 814: „To me a German closed area and a British Empire closed area are different simply in degree, and the instruments used to effect the German and British purpose are of secondary importance."

politik das Bemühen um ökonomische und politische Rekonstruktion mit dem Ziel der Integration Westeuropas verknüpft. Die Diskussion über die Genesis des European Recovery Program unterstreicht das. Die zunächst aktive Förderung der westeuropäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg führte allerdings auch zu grundlegenden Widersprüchen in der amerikanischen Europapolitik.[50] Während die amerikanische Diplomatie in verbalen Bekundungen immer wieder die Notwendigkeit der westeuropäischen politischen und ökonomischen Integration betont, ist sie letztlich nicht bereit, die für amerikanische Interessen negativen politischen und vor allem auch ökonomischen Auswirkungen dieser Entwicklung zu akzeptieren, wie zahlreiche handelspolitische Konflikte zwischen den USA und der EG eindrucksvoll belegen.

50 Vgl. z. B. W. Link, Die Rolle der USA im westeuropäischen Integrationsprozeß, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, B 14/72, 1. April 1972, S. 1–14.